

VOR DEM ZWEITEN TEIL DES EURO-KRISENGIPFELS

„Ja“ zur EFSF-Hebelung

Bundestag signalisiert Zustimmung

Börsen-Zeitung, 26.10.2011
wf Berlin – Der Bundestag wird heute den Weg zur Hebelung und effektiven Nutzung des Gewährleistungsrahmens des Euro-Rettungsschirms EFSF freimachen. Die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP verständigten sich in Berlin mit der Opposition aus SPD und Grünen auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag. Darin signalisieren sie ihr Plazet für beide Modelle zur Erweiterung der Schlagkraft der EFSF: einer Teilabsicherung der Emission neuer Staatsanleihen, die Mittel privater Investoren mobilisieren soll, sowie der Errichtung einer Zweckgesellschaft, in der öffentliche Mittel der EFSF mit Geldern privater Investoren gebündelt werden sollen. Dabei könnten Staatsfonds aus Norwegen, Singapur oder China beteiligt sein.

Zudem verlangen die Fraktionen, das Verbot von Zentralbankkrediten an die EFSF sowie des unmittelbaren Erwerbs von Staatsanleihen am Primärmarkt durch die Europäische Zentralbank zu beachten. Außerdem sollen die Vorschläge der EU-Kommission zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer nach dem G20-Gipfel Anfang November in

den EU-Gremien zügig entschieden werden.

„Dieser interfraktionelle Antrag ist ein sehr großer parlamentarischer Erfolg und eine beachtliche Stärkung der Bundesregierung bei den anstehenden europäischen Verhandlungen“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Norbert Barthle. Eine Probeabstimmung in den Regierungskoalitionen erbrachte eine Kanzlermehrheit. Unionsfraktionschef Volker Kauder hatte zuvor die Abstimmung über die Hebelung der EFSF im gesamten Plenum begründet. „Die Parlamentsbefassung muss so flexibel sein, dass wir in Europa handlungsfähig sind“, sagte er. Es bleibe aber dabei, dass die „grundsätzlichen Fragen selbstverständlich im Parlament“ beraten werden. Das operative Geschäft bleibe Sache des Haushaltsausschusses.

Unterdessen erwägt der Internationale Währungsfonds (IWF) offenbar eine Beteiligung an der Zweckgesellschaft des Euro-Rettungsschirms. „Der IWF hat angedeutet, dass er eine Beteiligung in Betracht zieht, hat aber noch keine Position bezogen“, sagte ein Vertreter der Eurozone laut Reuters.

Schwere Niederlage für Cameron

Börsen-Zeitung, 26.10.2011
Reuters London – Das britische Parlament hat einen Antrag für ein landesweites Referendum über einen Austritt aus der EU wie erwartet abgelehnt. Mit 483 zu 111 Stimmen fiel das Ergebnis am Montagabend zwar deutlich aus. Für den konservativen Premierminister David Cameron kam es allerdings einer Niederlage gleich. Er hatte seine traditionell europaskeptische Partei in einer hitzigen Debatte über fünf Stunden aufgefordert, gegen den Antrag von Rebellen aus den eigenen Reihen zu stimmen. Doch mit 80 Abgeordneten votierten mehr als ein Viertel aus seiner Fraktion für die Vorlage. Es ist damit die größte parteiinterne Revolte in Großbritannien gegen einen konservativen Regierungschef in Europafragen.

Großbritannien befindet sich bei der Europapolitik in einem Dilemma: Camerons Regierung ist bei Rettungsaktionen für die Eurozone zurückhaltend, will aber bei wichtigen Entscheidungen nicht ausgeschlossen werden, vor allem wenn diese in London stark vertretene Bankenbranche betreffen. Zugleich verstärkt die Debatte die Spannung mit dem Koalitionspartner, den proeuropäischen Liberaldemokraten. Die Europapolitik sorgte schon in den neunziger Jahren für einen Graben innerhalb der Konservativen.

Bini Smaghi: Mehr Geld einsetzen

Börsen-Zeitung, 26.10.2011
Reuters Frankfurt – EZB-Direktionsmitglied Lorenzo Bini Smaghi fordert im Kampf gegen die Griechenland-Krise größtmögliche finanzielle Feuerkraft. „Der beste Weg, mit der Gefahr einer Ansteckung umzugehen, ist es, schnell und mit enormer Finanzmacht vorzugehen“, sagte Bini Smaghi laut eines am Dienstag veröffentlichten Manuskripts einer Rede bei einer geschlossenen Veranstaltung in der vergangenen Woche in Frankfurt. „Es ist wichtig zu realisieren, dass eine finanzielle Auffanglösung proportional zur Größe des systemischen Risikos ausfällt, vor dem wir stehen.“

Bini Smaghi steht derzeit persönlich stark unter Druck. Mit dem Wechsel an der EZB-Spitze von Jean-Claude Trichet zu Mario Draghi sind ab dem 1. November zwei Italiener im EZB-Direktorium vertreten und kein Franzose mehr. Dies führte zuletzt zu Spannungen zwischen den Regierungen in Rom und Paris. Bini Smaghi scheint derzeit aber nicht bereit, seinen Posten vorzeitig zu räumen. Er muss dies wegen der auch personellen Unabhängigkeit der EZB und ihrer Top-Notenbanker auch nicht tun.

King: Staat muss Kreditreize geben

Börsen-Zeitung, 26.10.2011
ste London – Die britische Regierung sollte Anreize für Banken setzen, die Kreditvergabe an kleine und mittelgroße Unternehmen in Großbritannien auszuweiten. Die Regierung verfüge über notwendige Instrumente, die britische Notenbank hingegen nicht, erklärte der Gouverneur der Bank of England, Mervyn King, bei einer Anhörung im Finanzausschuss des Unterhauses. Fiskalische Anreize könnten Banken zu einer stärkeren Kreditvergabe veranlassen, ebenso der Status des Staates als Teileigentümer großer Institute. Die britische Regierung hatte sich mit den fünf größten Kreditinstituten auf der Insel auf eine Selbstverpflichtung der Banken zur Unternehmensfinanzierung verständigt, doch bislang zeigte das „Projekt Merlin“ kaum Wirkung. Finanzminister George Osborne stellte inzwischen direkte Maßnahmen in Aussicht, Details der Pläne stehen aber noch aus.

King räumte ein, dass die jüngst beschlossene Ausweitung des Programms zum Ankauf von Staatsanleihen zwar den Refinanzierungsdruck der Banken verringern könne, aber die Institute nicht direkt dazu bringe, mehr Kredite auszureichen. Bei der Bank of England wird nicht ausgeschlossen, dass die Wirtschaftsleistung Großbritanniens im vierten Quartal schrumpfen könnte.

Österreich will nicht mehr zahlen

Börsen-Zeitung, 26.10.2011
Reuters Wien – Österreich will zur Rettung Griechenlands nicht noch tiefer in die Tasche greifen. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir wesentlich mehr Geld in die Hand nehmen als frischem Kapital“, sagte Finanzministerin Maria Fekter. „Wir stehen zu diesen Beschlüssen, aber die Maßnahmen dürfen nicht wesentlich mehr kosten – auch weil wir selber auf unser Triple-A schauen müssen, auch auf das, was wir selber verkraften können.“ Es sei wichtig, dass sich der private Sektor freiwillig an den Rettungsmaßnahmen für Griechenland beteiligen. Das sei günstiger und berge nicht so viele Risiken wie „eine totale Pleite“, sagte Fekter. Um den Euro-Rettungsschirm flexibler zu gestalten, seien derzeit zwei verschiedene Modelle in Diskussion, die beide geeignet seien, „die Probleme zu bewältigen und im Krisenmanagement mitzuwirken“. Grundsätzlich sei eine rasche Entscheidung über die vorgeschlagenen Hilfsmaßnahmen nötig. „Ich glaube, dass allen die Dramatik bewusst ist und dass auch allen bewusst ist, dass mit weiterem Zuwarten die Situation nicht besser wird“, sagte Fekter.

Ökonomen „entsetzt“ über Druck auf die EZB

Hans Peter Grüner: Signale aus Berlin und Paris „völlig unverständlich“

Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy sähe es am liebsten, wenn sich der Euro-Rettungsschirm EFSF direkt bei der Europäischen Zentralbank (EZB) refinanzieren könnte. Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnt das ab, um die Unabhängigkeit der EZB zu wahren. Doch offenbar sähen es beide gern, wenn die Währungsbehörde weiter Staatsanleihen kauft. Bei Ökonomen stößt dies auf heftige Kritik.

Börsen-Zeitung, 26.10.2011
bal/fed Frankfurt/Brüssel – Clemens Fuest, Professor für öffentliche Finanzen an der University of Oxford, kritisiert auf Anfrage der Börsen-Zeitung die mehr oder weniger direkten Aufforderungen aus Paris, Berlin und Brüssel an die Frankfurter Währungsbehörde, ihre besonderen geldpolitischen Maßnahmen fortzusetzen oder einen Plan vorzulegen, wie die weitere Politik der EZB aussehen wird. Sollte es tatsächlich Druck von Seiten der Regierungen geben, dass die Notenbank weiter Staatsanleihen kaufen soll, dann würde ihn das „sehr erstaunen“. Fuest sagt: „Frau Merkel und Herr Sarkozy haben der EZB nämlich keine Anweisungen zu erteilen.“

Die Formulierung in dem Entwurf für das Communiqué des Euro-Gipfels sowie die gestrigen Äußerungen von Kanzlerin Angela Merkel könnten dazu dienen, „die EZB direkt für Zwecke der Fiskalpolitik“ einzuspannen. „Dafür allerdings hat die EZB keine demokratische Legitimation“, so Fuest.

Sicher, die Notenbank kauft bereits Staatsanleihen, was ebenfalls umstritten und nach Meinung vieler Ökonomen und Juristen ein Verstoß gegen den Vertrag von Maastricht ist. Fuest sagt dazu: „Wenn die EZB ihr Mandat aus eigener Überzeugung übertritt und Staaten bei der Fi-

nanzierung hilft, dann ist auch das bereits kritikwürdig. Wenn sie aber von den Regierungen dazu gedrängt wird, dann ist das überhaupt nicht zu akzeptieren. Ich wäre über eine solche Abmachung zwischen Deutschland und Frankreich entsetzt.“

Die Äußerungen aus der Politik erweckten den Eindruck, als wolle man demokratische Entscheidungs-

der EZB die Möglichkeit geben sollte, ihre Anleihenkäufe zu beenden. „Deshalb ist es völlig unverständlich, wenn Deutschland und Frankreich nun Signale senden, dass die EZB das Kaufprogramm fortsetzen soll“, so Grüner.

Er sagt weiter: „Sicher, sobald sich zeigen würde, dass das Volumen der EFSF nicht ausreicht, um die Anleihenmärkte in Europa zu stabilisie-



„Frau Merkel und Herr Sarkozy haben der EZB keine Anweisungen zu erteilen“

Clemens Fuest

prozesse umgehen, also eine Finanzierung von Krisenländern auch dann durchführen, wenn die nationalen Parlamente diese bremsen sollten, erklärt Fuest.

Ebenso sieht das Thorsten Polleit, Deutschland-Chefvolkswirt von Barclays Capital. Er sagt: „Die EZB zu Staatsanleihenkäufen zu verpflichten, ist nicht mit dem Geist des Maastricht-Vertrags und dem EZB-ESZB-Statut vereinbar“, also den Regeln für das Eurosystem der Zentralbanken (ESZB).

Hans Peter Grüner, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim, weist darauf hin, dass die Hebelung der EFSF eigentlich

ren, würde die EZB wohl wieder eingreifen.“ Die Notenbank gilt als letzte Linie bei der Verteidigung des Euro. „Umso ärgerlicher ist es deshalb, wenn solche Forderungen von Seiten der Politik kommen“, sagt Grüner. Schließlich solle die EZB ihre Entscheidungen unabhängig von den Regierungen treffen.

Grüner weist aber darauf hin, dass die Zukunft der Währungsunion derzeit vor allem an der Politik in Italien hänge. Entscheidend sei, dass Rom ein „glaubwürdiges Signal“ sende. Grüner: „Das Land muss sein Defizit reduzieren. Es ist dabei überragend gar nicht mal so weit von einem nachhaltigen Pfad entfernt.“

„Die Leute bringen uns um“

Berlusconi Koalitionspartner sperrt sich gegen Rentenreform und diskutiert Neuwahlen

Börsen-Zeitung, 26.10.2011
dpa-afx/bal Rom/Frankfurt – Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi ringt unter massivem Reformdruck aus Brüssel ums politische Überleben. Die EU will auf dem Sondergipfel der Euro-Länder an diesem Mittwoch von Italien schriftliche Zusagen für eine Sanierung seiner maroden Staatsfinanzen sehen. Doch bislang scheitern Berlusconi Bemühungen um eine dafür nötige Rentenreform am Widerstand des Koalitionspartners Lega Nord.

Allerdings meldete Reuters am Abend, dass sich die Lega mit Berlusconi nach eigenen Angaben über umstrittene Reformvorhaben geeinigt habe. Trotzdem sagte Lega-Nord-Chef Umberto Bossi, er sei weiter pessimistisch, ob die Regierungskoalition überleben werde. Offenbar schwelt der Streit über die Rentenre-

form weiter. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy hatten dem Regierungschef Berlusconi am Wochenende klargemacht, dass Italien bis zum Gipfel klare Perspektiven für Wachstum und Sanierung aufzeigen müsse.

Der 75-Jährige wies die Schelte zurück – niemand innerhalb der EU könne den Partnern Lektionen erteilen. Gleichwohl trommelte der innenpolitisch angeschlagene Regierungschef sein Kabinett am Montag zu einer Sondersitzung zusammen. Der Plan, auf dem Treffen einen Gesetzentwurf zur Rentenreform zu verabschieden, scheiterte aber an der strikten Ablehnung durch die Lega Nord. Am Dienstag habe Berlusconi hinter verschlossenen Türen weiter mit Spitzen seiner Partei debattiert, berichteten italienische Me-

dien. Bis zum Abend wolle Berlusconi der EU einen Brief mit seinen Plänen schicken, sagte der Abgeordnete Silvano Motta. Die Lega Nord zeige eine „Bereitschaft zum Nachdenken“.

Mit seiner Reform will Berlusconi das Renteneintrittsalter auf die europaweit angestrebten 67 Jahre anheben. Derzeit liegt das Rentenalter in Italien im öffentlichen Dienst für Männer bei 65, für Frauen bei 60 Jahren. Er habe seine Regierungsmannschaft am Vorabend offen um Unterstützung für die Reform gebeten. Ohne eine Zusage der Lega Nord sei seine Reise nach Brüssel sinnlos. Allerdings blieb Umberto Bossi von der Lega Nord zumindest bis Dienstagmittag hart. Er sprach bereits von Neuwahlen, falls die Regierung stürzen sollte. „Wir können nicht das Rentenalter auf 67

In Griechenland drohen Neuwahlen

Börsen-Zeitung, 26.10.2011
BZ Athen/Lissabon – Im von der Finanzkrise erschütterten Griechenland könnte es zu vorgezogenen Wahlen kommen. Grund: Der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos will das neue Rettungspaket für sein Land von einer Zweidrittelmehrheit im Parlament in Athen billigen lassen. Dies sei „national notwendig“, schreibt Venizelos in einer Erklärung, die der Nachrichtenagentur dpa vorliegt. Er geht davon aus, dass das neue Griechenland-Paket schwere Sparmaßnahmen und vor allem intensive Kontrollen seitens der EU nach sich ziehen wird. Entscheidungen dieser Art könnten nicht nur von einer Partei getragen werden.

Damit werden übereinstimmenden Berichten der griechischen Presse zufolge vorgezogene Wahlen in dem Land wahrscheinlicher. Eigentlich sind für die Billigung des neuen Rettungsschirms und des neuen Bündels von harten Sparmaßnahmen 151 Stimmen im 300 Mitglieder umfassenden griechischen Parlament notwendig. Die Sozialisten verfügen über 153 Stimmen.

Um die erhöhte Mehrheit von 180 Stimmen (Zweidrittelmehrheit) zu erreichen, sind demnach auch viele der Stimmen der 85 Abgeordneten der bürgerlichen Oppositionspartei Nea Dimokratia (ND) notwendig.

Deren Präsident Antonis Samaras hatte aber wiederholt die Regierung davor gewarnt, seine Partei praktisch vor das Dilemma Bankrott oder Billigung eines Sparprogramms zu stellen. Seine Partei werde dies nicht mitmachen, weil das Sparprogramm falsch sei und die griechische Wirtschaft abwürge, hieß es.

Portugals Ministerpräsident Pedro Passos Coelho hat unterdessen zur Bewältigung der Probleme Griechenlands auf dem EU-Gipfel am Mittwoch aufgerufen. „Ohne diese Lösung werden wir keine finanzielle Stabilität in Europa haben und Länder wie Portugal bekommen mehr Schwierigkeiten“, sagte Coelho laut der Nachrichtenagentur Reuters.

Paris denkt an Korrektur der Wachstumsprognose

Frankreich steht unter Druck und muss an Glaubwürdigkeit gewinnen – Euro-Gipfel abwarten

Börsen-Zeitung, 26.10.2011
bl Paris – Die französische Regierung bereitet sich auf eine Korrektur ihrer bisherigen Wachstumsprognose für 2012 nach unten vor, will dafür aber erst die Ergebnisse des heutigen EU-Gipfels abwarten.

Haushaltsministerin Valérie Pécresse sagte in Paris, je nach Ergebnis des Treffens sähen die Perspektiven des Landes unterschiedlich aus. Paris steht unter Druck, nachdem die Ratingagenturen Moody's und Standard & Poor's vergangene Woche eine Überprüfung des Triple-A-Ratings angekündigt hatten. Der Budgetentwurf für 2012 legt eine Wachstumsrate von 1,75% zugrunde, die nach Ansicht von Ökonomen völlig unrealistisch ist. Institute

erwarten durchschnittlich allenfalls einen Zuwachs von 0,9%, manche prophezeien sogar den Beginn einer Rezession im vierten Quartal.

Allgemein wird eine Korrektur der bisherigen Prognose auf 1% erwartet. Damit müsste Paris die Steuern um 5 bis 10 Mrd. Euro erhöhen bzw. entsprechende Einsparungen bei den Ausgaben realisieren. Beobachter sehen vor allem Einsparpotenzial bei den etwa 450 Steuernischen im Land. Allein durch die Rückgängigmachung der reduzierten Mehrwertsteuer für den Gastronomiektor, die Streichung von Steuervergünstigungen für Hausangestellte oder eine Anhebung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für Handwerkerleistungen sowie die Streichung

der Abgabenbefreiung auf Überstunden würden die Einnahmen um hohe Milliardenbeträge wachsen. Durch die Reduzierung der noch immer großzügigen Ausgaben in der hoch defizitären Krankenversicherung ließen sich gewaltige Einsparungen erzielen. Der Haushaltsentwurf für 2012 sieht Mehreinnahmen von 11 Mrd. Euro vor, ist aber nicht besonders ehrgeizig. Für Einkommen ab 250.000 Euro wird eine Reichensteuer fällig. Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Zweitresidenzen werden geringfügig höher besteuert. Auch die Tabak- und Alkoholsteuer sowie die Besteuerung von Limonaden werden angehoben.

Frankreichs Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel. Der Zinsabstand

zweijähriger Staatsanleihen aus Frankreich und Deutschland wuchs in der vergangenen Woche zeitweise auf mehr als 120 Basispunkte. Ohne zusätzliche Maßnahmen würde das Ziel, das Haushaltsdefizit von 7,1% (2010) bis 2012 auf 4,5% zu reduzieren, nicht erreicht. Zusätzlich unter Druck geraten ist Paris aufgrund des Rekapitalisierungsbedarfs der stark in den Euro-Krisenländern engagierten Banken. Außerdem musste die Regierung Staatsgarantien von 33 Mrd. Euro für die schwer angeschlagene Bank Dexia übernehmen.

Doch zu einer echten Sparpolitik ausgerechnet sechs Monate vor den Präsidentschaftswahlen kann sich Sarkozy bislang nicht durchringen.